

Die Fairness-Pension
für alle Österreicher
und Österreicherinnen.

Weitere Infos finden Sie auf unserer Homepage: www.spoe.at.

Oder rufen Sie uns an: 0810 810 211

MHV: SPÖ – Sozialdemokratische Partei Österreichs, Löwelstraße 18, 1014 Wien



Das Modell der Pensionsgerechtigkeit der SPÖ.



Fair. Sicher. Gerecht. Pensionen mit Zukunft – SPÖ.

Das Thema „Pensionen“ berührt jeden Österreicher und jede Österreicherin. Jeder von uns erwartet, dass die Gemeinschaft im Alter für ihn sorgt. So wie jeder Berufstätige für die Pensionisten von heute sorgt – mit seinen Steuern und Sozialbeiträgen.

Unser Pensionssystem beruht auf dem fairen Umgang der Generationen miteinander. Auf dem Vertrauen zwischen den Generationen.

Die Bundesregierung zerstört mutwillig und ohne guten Grund unser bewährtes Pensionssystem. Sie spielt die Jüngeren gegen die Älteren aus. Sie zerstört das Vertrauen zwischen den Generationen.

Schüssels „Pensionssicherungsreform“ sichert keine einzige Pension. Sie sichert den Kauf milliardenteurer Kampfflugzeuge. Sie nimmt sich das Geld der Pensionisten und finanziert damit eine Steuerreform. Sie zerstört das bewährte soziale Umlageverfahren und zwingt die Menschen auf den unsicheren Markt der börseabhängigen Privatversicherungen.

Nochmals: ÖVP und FPÖ holen sich beim vielzitierten Kleinen Mann (und noch

mehr bei hunderttausenden Frauen, die Kinder erzogen und kranke Angehörige gepflegt haben) das Geld für die Eurofighter und für Steuernachlässe an die Reichen. Das ist der einzige Grund für die dramatischen und brutalen Einschnitte in das bisherige System.

ÖVP und FPÖ ignorieren die Rechte, Ansprüche und Einzahlungen von Millionen Versicherten. Weder werden die Pensionen langfristig gesichert. Noch wird auch nur eine einzige Ungerechtigkeit des heutigen Systems beseitigt. Und es gibt keinen Schritt zu einem einheitlichen Pensionssystem für alle.

ÖVP und FPÖ wälzen die Unwägbarkeiten des Lebens auf den einzelnen Pensionisten ab. Ihr „beitragsorientiertes Pensionskonto“ ist blind und taub gegen unverschuldete Notlagen. Es ist blind und taub gegenüber Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Und es berücksichtigt nicht die steigende Lebenserwartung.

Das Pensionsmodell von ÖVP und FPÖ führt zu völlig ungewissen Pensionsleistungen. Das ist das glatte Gegenteil von Sicherheit:

- Niemand weiß mehr, wie viel Pension er einmal bekommen wird.
- Sicherheit im Ruhestand wird zum Lotteriespiel.
- Die Regierung sprengt und bricht den Generationenvertrag.

Das ist ein umfassender Raub an Vertrauen, Lebensplanung und Geld.

Dem stellt die SPÖ ihr Modell der Pensionsgerechtigkeit gegenüber.

Die Antwort der SPÖ: Gerechtigkeit. Fairness. Sicherheit. Pensionen mit Zukunft.

Ein einheitliches Pensionssystem für alle.

Millionen Menschen in Österreich vertrauen darauf, im Alter eine sichere und ausreichende Pension zu erhalten, die ihren Lebensstandard sichert. Zu diesen Menschen muss die Politik fair sein. Sie muss ihr Vertrauen achten.

Mit dem einheitlichen Pensionssystem legt die SPÖ ein Modell vor, das dem großen Raubzug der Regierung einen großen Wurf zur Pensionsgerechtigkeit entgegengesetzt.

- Die Lebensleistung jedes Menschen wird mit dem gleichen Maßstab gemessen.
- Schluss mit Ungerechtigkeiten des bisherigen Systems.

- Gleiche Bemessungsgrundlagen für alle. Das einheitliche Pensionssystem gilt auch für Selbstständige, Bauern, Beamte und Politiker.

Jeder eingezahlte Euro ist im SPÖ-Pensionssystem gleich viel wert. Egal wann und von wem er eingezahlt wurde.

Das einheitliche Pensionssystem der SPÖ sichert die Pensionen auf viele Jahre hinaus. Daher sagt die SPÖ den Menschen einen umfassenden Vertrauensschutz zu. Der Übergang erfolgt gleitend und sanft.

Fairness für die Über-35-Jährigen:

Wer älter als 35 Jahre ist, behält alle bisher erworbenen Pensionsansprüche. **Nichts geht verloren.**

- Je älter ein Versicherter ist, umso weniger ist er vom neuen System betroffen.
- Keine überfallsartigen Kürzungen. Das Modell der SPÖ überrumpelt niemanden, der kurz vor der Pension steht. Es vermittelt Vertrauen. Es ist gerecht.

Fairness auch für die heute 35-Jährigen und Jüngeren:

- Dreißig Jahre Übergangszeit federn Änderungen ab. So stellt die SPÖ sicher, dass heute 35-Jährige ab dem Jahr 2034 nach dem neuen Pensionsrecht in Pension gehen.

Das Pensionskonto mit Pensionshöhengarantie.

ÖVP und FPÖ kürzen hunderttausenden Menschen den Pensionsanspruch. Die SPÖ setzt dem eine Garantie entgegen:

Wer 45 Jahre ein Fünftel seines Bruttoeinkommens auf sein Pensionskonto einzahlte, erhält als Pension

80 Prozent seines durchschnittlichen Netto-Monats-einkommens.

Bei Arbeitern, Angestellten, Freien Dienstnehmern und Beamten übernimmt der Arbeitgeber die Hälfte der Einzahlungen.

Gleiche Beiträge – gleiche Leistungen:

- Jeder Euro zählt.
- Jedes Jahr zählt.
- Jeder verdiente Euro in jedem Arbeitsjahr wird für die Pension berücksichtigt.

Alle Erwerbstätigen können sich auf dieses System verlassen. Die Pensionshöhe ist garantiert durch den Bundesbeitrag, hinter dem die Sicherheit der gesamten Wirtschaftsleistung Österreichs steht.

Diesen Bundesbeitrag zu kürzen, ist – im Verein mit den unerträglichen sozialen Härten – der wahre Raubzug des Regierungsmodells.

ÖVP und FPÖ lassen jeden einzelnen Versicherten doppelt allein:

- Keine Mindestsolidarität der Gesellschaft.
- Keine Sicherheit für das persönlich erarbeitete Pensionskonto, das auf diese Weise zum individuellen Risikokonto wird.

Demgegenüber würdigt das Modell der Pensionsgerechtigkeit der SPÖ die Lebensleistung jedes einzelnen in einem einheitlichen, fairen und transparenten System. Es schafft Erwartungssicherheit für die Versicherten von Anfang an. Es verwirklicht

den Generationenvertrag. Alle Generationen wissen zuverlässig, woran sie sind.

Das Pensionskonto mit Pensionshöhengarantie schafft die Fairness-Pension.

Die Fairness-Pension wird mit der Inflationsrate angepasst und wird somit befreit vom almosenhaften Gutdünken der Regierung.

Die Tatsachen des Lebens: Pensionsgerechtigkeit für Frauen.

Auch wer nicht die vollen Versicherungsjahre hat, hat Anspruch auf eine faire und gerechte Würdigung seiner Lebensleistung.

Das Pensionsmodell der SPÖ kennt und respektiert die Tatsachen des Lebens. Deshalb werden die Leistungen von Frauen für die Familien und für die gesamte Gesellschaft in besonderer Weise gewürdigt.

Dies betrifft insbesondere Geburt und Erziehung von Kindern und die dadurch

bedingten Unterbrechungen des Erwerbslebens. Ebenso die eingeschränkten Verdienstmöglichkeiten durch Teilzeitarbeit, während die Kinder heranwachsen.

Zeiten der Kindererziehung werden bis zum Schuleintritt so gewertet, als hätte die Frau ihr Einkommen vor der Geburt weiter bezogen. Im Minimum gebührt – auch für vorher nicht berufstätige Frauen – der Mindestpensionssatz. Zusätzlich wird auch das Kindergeld auf dem Pensionskonto be-

rücksichtigt. Damit gilt die Gemeinschaft die Zusatzleistung der Frauen in der Kindererziehung ab.

Die Beiträge für diese Gutschriften auf dem Leistungskonto sind aus dem Familienlastenausgleichsfonds zu tragen.

Fairness und Gerechtigkeit beim Pensionsalter.

Als allgemeines Pensionsalter gelten 65 Jahre. Für Frauen (bis zur schrittweisen Angleichung): 60 Jahre.

Abschläge für den vorzeitigen Zugang zur Pension gibt es erst, sobald der Arbeitsmarkt positive Rahmenbedingungen für die älteren Arbeitnehmer bietet. Das ist frühestens 2010 der Fall, wenn die starken Jahrgänge der „Babyboom“-Generation aus dem Arbeitsleben ausscheiden.

Auf keinen Fall gibt es neue Abschläge vor dem Jahr 2010 und schon gar nicht jetzt!

In jedem Fall gilt für die SPÖ: Alle Männer mit 45 Versicherungsjahren und alle Frauen mit 40 Versicherungsjahren (bis zur schrittweisen Angleichung) können ohne Abschläge in Pension gehen. Diese Zusage, die den Wert einer so langen Arbeitsleistung würdigt, fassen wir mit dem Begriff „Pension 40/45“ zusammen. Die SPÖ sagt: 40 und 45 Jahre Arbeit sind genug.

Menschen, die besonders schwere oder gesundheitschädigende Arbeit verrichten, können schon früher in Pension gehen.

Wer so lange in Ausbildung steht, dass er bis 65 keine 45 versicherten Jahre zusammen bekommt, kann fehlende Versicherungsjahre steuerbegünstigt kaufen.

Jedes Jahr zählt: Die gerechte Anrechnung von Ersatzzeiten.

Pensionsgerechtigkeit heißt für die SPÖ auch, dass Jahre, die unverschuldet nicht im Erwerbsleben verbracht wurden, für die Höhe der Pensionsleistung berücksichtigt werden. Dies betrifft vor allem Arbeitslosigkeit, Krankheit, Wehrdienst, Zivildienst. Die Einzahlungen auf das Pensionskonto erfolgen nicht zu Lasten der Versichertengemeinschaft. Sie kommen aus den für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Wehr- und Zivildienst vorgesehenen Töpfen.

Die Mindestpension ist das soziale Sicherheitsnetz für alle, die nicht in der Lage sind, aus Erwerbseinkommen Beiträge in das Pensionskonto zu leisten.

Für diese Menschen werden Ersatzbeiträge auf dem Pensionskonto gutgeschrieben, die eine Mindestpension sichern.

Fairness und Gerechtigkeit für ältere Arbeitnehmer.

Die schwierigen Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt setzen Arbeitnehmer über 45 einem erhöhten Kündigungsrisiko aus.

Wir versprechen diesen Arbeitnehmern eine faire Chance, dass sie vom Arbeitsplatz in Pension gehen und nicht vom Arbeitsamt.

Pensionsgerechtigkeit für die Älteren heißt:

- Aktive Arbeitsmarktpolitik.
- Bildungsangebote bis zum Pensionstag.

- Bis zuletzt gesund in der Arbeit. Gesund in Pension.
- Lohnnebenkostensenkung für ältere Arbeitnehmer.
- Höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für jene Betriebe, die systematisch ältere Arbeitnehmer kündigen.
- Verstärkter Kündigungsschutz in Abhängigkeit von der Dauer der Betriebszugehörigkeit: Der Arbeitgeber muss begründen, warum er jemanden kündigt. Damit sollen ungerechtfertigte Kündigungen aus Gründen des

Alters vermieden werden. („First in – last out“, wie in skandinavischen Ländern üblich und bewährt.)

- Teilpension statt Gleitpension: Der Arbeitnehmer nimmt nur einen Teil der Pension in Anspruch und kann daneben weiter arbeiten. Die daraus entstehenden Pensionsbeiträge werden dem Pensionskonto gutgeschrieben. Dadurch erhöht sich die spätere volle Pension.

Fairness, Vertrauen und Sicherheit im Übergang.

Die SPÖ schlägt vor, schon im Jahr 2004 mit dem einheitlichen Pensionssystem zu beginnen. Bis dahin erworbene Ansprüche bleiben bestehen. Je näher jemand dem Pensionsalter ist, umso weniger ist er von Änderungen betroffen. Bereits erworbene Ansprüche bleiben im Verhältnis zum Lebensalter gesichert. Auf der Grundlage dieses berechenbaren und verlässlichen Prinzips kann sich jeder Versicherte langfristig auf sei-

ne individuelle Situation einstellen.

Gerechtigkeit für alle heißt auch: Pensionsgerechtigkeit für Beamte.

Die Einführung des einheitlichen Pensionssystems verlangt gegenüber Beamten ein hohes Maß an Vertrauensschutz und Klarheit.

Deshalb werden alle bis zum Überleitungszeitpunkt erzielten Anwartschaften

gesichert und dem Pensionskonto gutgeschrieben. Ungerechtigkeiten, die sich bei Beamten aus der Lebensverdienstkurve ergeben, werden vermieden:

Der Durchschnitt des Gesamtlebensverdiensts wird mit der Anzahl der tatsächlichen Arbeitsjahre bis zum Überleitungszeitpunkt multipliziert und der Berechnung des Pensionskontos zugrunde gelegt.

Jedes Jahr und jeder Euro werden fair bewertet.

Fairness nach dem Überleitungszeitpunkt.

Beamte zahlen für den Anteil auf dem Pensionskonto, der aus dem alten Pensions-

system stammt, den alten (höheren) Beitrag. Für die Pensionsleistungen, die im neuen System erworben wurden, zahlen sie den geringeren Beitrag unter Berücksichtigung der Höchstbeitragsgrundlage.

Solidarität zur langfristigen Sicherheit der Pensionen künftiger Generationen.

Alle Pensionen, die über der ASVG-Höchstpension von derzeit 2.365 Euro brutto liegen, leisten einen Beitrag in Höhe von 10 Prozent jenes Betrags, der die ASVG-Höchstpension übersteigt.

Dieser mit Augenmaß definierte Beitrag wird in einen Pensionssicherungsfonds eingezahlt. Der Fonds spart das Geld an. Ein Verfassungsgesetz verbietet dem Finanzminister jeden zweckwidrigen Zugriff. Kapital und Zinsen dienen ab dem Jahr 2020 dazu, die steigende Zahl von Pensionen mit zu finanzieren und den Zuschuss aus Steuergeldern geringer zu halten. Damit sorgen alle finanziell besonders gut dotierten Pensionisten für die Sicherheit und Gerechtigkeit der Pensionen ihrer Enkel.

Das Beispiel der Beamten zeigt, dass die SPÖ ein faires, gerechtes und umsetzbares einheitliches Pensionssystem für alle ent-

wickelt hat. Auch für Berufsgruppen, deren Einbeziehung die Regierung aus offensichtlichem Klientel-Interesse nicht anpacken wollte.

Stattdessen lässt die Regierung zynisch und brutal einen Hagel von Ungerechtigkeiten auf die Bevölkerung los, der nicht einmal ansatzweise einen sicheren Ausblick auf die Zukunft erlaubt.

Der sozialdemokratische Grundsatz der Gerechtigkeit – „Gleiche Leistung für gleiche Beiträge“ – ist das zukunftsorientierte Instrument zur tatsächlichen Sicherung der Pensionen über viele Generationen.

Das Modell der Pensionsgerechtigkeit gibt den Menschen Vertrauen ins Pensionssystem.

Es unterstützt ihre Lebensplanung.

Es ist vom ersten Tag an einsichtig, nachvollziehbar und berechenbar.

Und es schützt alle, die im Erwerbsleben keine vollen Chancen haben.

Wir Sozialdemokraten wissen: Die Pensionen sind zu wichtig, um sie ÖVP und FPÖ zu überlassen.